



REVOLUTION UND VEREINIGUNG 1989/90

ALS IN DEUTSCHLAND DIE REALITÄT
DIE PHANTASIE ÜBERHOLTE

Herausgegeben von
Klaus-Dietmar Henke

Deutscher Taschenbuch Verlag



Originalausgabe

August 2009

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,

München

www.dtv.de

© 2009 für die vorliegende Ausgabe:

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,

München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Der Abdruck der Einzelbeiträge erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorinnen und Autoren.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Leonhard Schöpflin und Lutz Henke

unter Verwendung eines Fotos von Associated Press

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Gesetzt aus der Concorde 8,75/11,45'

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-24736-8

INHALT

Vorwort	9
KLAUS-DIETMAR HENKE	
1989	11
RICHARD SCHRÖDER	
Essay: Vor dem Sturm. Die unnormale Normalität der DDR . . .	47
I. Krise und Aufbruch in der Deutschen Demokratischen Republik	
MARION DETJEN	
Permanente Existenzbedrohung: Abwanderung, Flucht, Ausreise	67
CHRISTOPH BUCHHEIM	
Die Defizite der Sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft .	81
WERNER PLUMPE	
Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark.	92
RALF AHRENS	
Außenwirtschaft in der Schuldenfalle	104
ANDRÉ STEINER	
Die DDR-Volkswirtschaft am Ende	113
JENS GIESEKE	
»Seit Langem angestaute Unzufriedenheit breitetest Bevölkerungskreise« – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes	130
STEFAN WOLLE	
Seltene Nacht. Ein Nachtrag zum Revolutionstagebuch von 1989	149
RALPH JESSEN	
Massenprotest und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation in der Bürgerbewegung von 1989/90	163
DETLEF POLLACK	
»Wir sind das Volk!« Sozialstrukturelle und ereignis- geschichtliche Bedingungen des friedlichen Massenprotests . . .	178

MICHAEL RICHTER	
Die Revolution in der Provinz – Sachsen zum Beispiel	198
RAINER ECKERT	
Der 9. Oktober: Tag der Entscheidung in Leipzig	213
MANFRED WILKE	
Der 9. November: Fall der Berliner Mauer	224
EHRHART NEUBERT	
Gesicht und Stimme der Revolution: Bärbel Bohley	238
CLEMENS VOLLNHALS	
»Nikolai ist Schicksalsstelle, aber nicht die ganze Kirche«.	
Die evangelische Kirche im Revolutionsjahr 1989	249
MARC-DIETRICH OHSE	
»Wir sind e i n Volk!« Die Wende in der »Wende«	269
WALTER SÜSS	
Der Untergang der Staatspartei	284
MATTHIAS JUDT	
Schalcks KoKo. Mythos und Realität des Bereichs	
Kommerzielle Koordinierung	307
FRANCESCA WEIL	
Die Runden Tische	316
SEBASTIAN RICHTER	
Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990	329
THOMAS LINDENBERGER	
Der lange Sommer einer kurzen Demokratie: die DDR	
zwischen »Wende« und Vereinigung	343
GERHARD SÄLTER	
Das Verschwinden der Berliner Mauer	353
II. Die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland und der Mächte	
HANNS JÜRGEN KÜSTERS	
Die Bundesregierung und die Krise der DDR	
vor dem Mauerfall	365
JENS HÜTTMANN	
Medien und Bevölkerung in der Bundesrepublik	
angesichts der DDR-Krise	374

ROGER ENGELMANN	
Die Intellektuellen, die friedliche Revolution und die Debatte um die Vereinigung	386
MIKE SCHMEITZNER	
Die SPD und die deutsche Frage 1989/90	402
KARL-RUDOLF KORTE	
Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989 . . .	419
ANDRÉ STEINER	
Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990.	441
MICHAEL LEMKE	
Die Sowjetunion und die deutsche Einheit Warum Moskau die DDR aufgab	456
BERND STÖVER	
»Einigermaßen überrascht«. Die USA und der Einigungsprozess	474
GÜNTHER HEYDEMANN	
Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands	485
RAINER HUDEMANN	
Von alten Stereotypen zum neuen Europa: Frankreich und die deutsche Vereinigung	497
KLAUS ZIEMER	
Zwischen Misstrauen und Hoffnung: Polen und die deutsche Vereinigung	509
REINHARD MÜLLER	
Das Ende des Krieges: der Zwei-plus-vier-Vertrag	525
GERHARD A. RITTER	
Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz	537
CHARLES S. MAIER	
Essay: Die ostdeutsche Revolution	553
Anmerkungen	577
Verzeichnis der verwendeten Literatur	679
Die Autoren	715

Vorwort

Dieses Buch beschreibt nur ein einziges Jahr, aber es ist ein Jahr wie selten eines in der Geschichte, ähnlich allenfalls dem Ende des »Weltbürgerkrieges« (Thomas Mann) und der Verwandlung der Welt im Jahre 1944/45. Es begann im Sommer 1989 und endete im Herbst 1990. Es brachte den Fall der Berliner Mauer, den Fall des Eisernen Vorhangs, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiederkehr Europas.

Dieses Epochenjahr veränderte Deutschland stärker, als es den Menschen im Überschwang ihrer Freude bewusst sein konnte oder in ihrer Neugier, wie es nach Revolution und Vereinigung in der neuen Bundesrepublik wohl weitergehen würde. Dieses Buch berichtet von der Revolution in Ostdeutschland, von den Bedingungen, die sie ermöglichten, und von den Menschen, die sie machten. Denn eines ist selbst zwanzig Jahre nach diesem wunderbaren Jahr, in dem die Realität die Phantasie zu überholen schien, noch nicht Allgemeingut in unserem Land, nämlich dass es keine Wiedervereinigung ohne eine demokratische DDR gegeben hätte und keine demokratische DDR ohne den Aufbruch der Menschen in Ostdeutschland zur Demokratie. Darauf legt das Buch den Akzent. Es beschreibt aber auch die Reaktion der Bundesrepublik und der Mächte auf das plötzliche Aufplatzen eines versteinert scheinenden Systems kommunistischer Herrschaft.

Gelegenheit, das Thema zu erörtern, gab die vom Herausgeber einberufene Sektion »Die friedliche Revolution und die deutsche Vereinigung 1989/90: das Volk, die Volkswirtschaft« auf dem 47. Deutschen Historikertag in Dresden am 3. Oktober 2008. An dem Gedankenaustausch nahmen teil: Christoph Buchheim, Rainer Eppelmann, Christian Führer, Charles S. Maier, Edgar Most, Werner Plumpe, Detlef Pollack, Ulrike Poppe, Gerhard A. Ritter, Thilo Sarrazin, Richard Schröder, André Steiner und Hans Tietmeyer. Ihnen sei hier noch einmal herzlich gedankt. Einige haben ihre Überlegungen diesem Band in erweiterter Form beige-steuert.

Ich danke den Autoren für ihre Mitwirkung und für ihre Geduld mit mir. Jana Wolf kümmerte sich mit nicht versiegendem Gleichmut gewissenhaft um alle jene organisatorischen und redaktionellen Dinge, die einem Herausgeber über den Kopf zu wachsen pflegen. Meine liebe Familie nimmt das Büchermachen mittlerweile routiniert hin und duldet die Grillen, die damit einhergehen.

Klaus-Dietmar Henke, Berlin, März 2009

KLAUS-DIETMAR HENKE

1989

Als habe die Realität die Phantasie überholt

Die Frauenkirche, deren Wiederaufbau Dresdner Bürger auf dem Höhepunkt des Volksprotests gegen die SED-Herrschaft zu betreiben begannen, und das Kügelgenhaus liegen fußläufig voneinander entfernt, wenn auch durch die Elbe getrennt. Vom Wohnhaus seines Porträtierten Gerhard von Kügelgen aus beobachtete Goethe während der Befreiungskriege im Frühjahr 1813, wie Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. an der Spitze ihrer Truppen einzogen, die dem französischen Zwingherrn im Oktober bei Leipzig dann die entscheidende Niederlage beibringen sollten.

Im Kügelgenhaus, heute Restaurant und Museum, trafen am Abend des 19. Dezember 1989 Künstler aus der DDR mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Der Gast aus Bonn kam von der Ruine des 1945 zerstörten Gotteshauses herüber, wo ihn die Ovationen Zehntausender in seiner Überzeugung bestärkt hatten, dass die SED-Herrschaft »definitiv am Ende« sei. Den versammelten Menschen bezeigte er in seiner Ansprache die »Bewunderung für diese friedliche Revolution in der DDR«, die zu einer frei gewählten Regierung und eines Tages vielleicht zur »Einheit unserer Nation« führen werde.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war sich der ausschlaggebenden Bedeutung des ostdeutschen Massenprotests für den Sturz des Einparteienregimes und für die Parlamentarisierung des zweiten deutschen Staates sowie für den innerdeutschen Vereinigungsprozess und dessen außenpolitische Absicherung von Anfang an bewusst. Eine Woche vor seinem Dresdner »Schlüsselerlebnis«¹ hatte Helmut Kohl auf dem Kleinen Parteitag der CDU in Berlin bereits erklärt: »Nicht wir oder andere in West und Ost bestimmen heute Inhalte, Richtung und Tempo dieser Prozesse. Die Entwicklung in der DDR wird von den Menschen dort gestaltet.«²

Das Epochenjahr 1989/90 brachte den Fall der Berliner Mauer, den Fall des Eisernen Vorhangs, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiederkehr Europas. Es braucht nicht betont zu werden, dass die Wechselwirkung zwischen der inneren Dynamik im aufplatzenden Ostblock und der internationalen Politik in dieser Zeitenwende äußerst vielfältig gewesen und längst Gegenstand intensiver historischer

Forschung geworden ist. Das gilt auch für den Umbruch in Deutschland. Den Ausschlag in diesem vielschichtigen historischen Prozess gab jedoch der massenhafte Protest der ostdeutschen Bevölkerung zwischen September 1989 und März 1990. Dem trägt der vorliegende Band Rechnung, indem er den Akzent auf den Aufbruch in der Deutschen Demokratischen Republik legt. Denn es kann nicht dick genug unterstrichen werden, wie viel unmittelbare Überzeugungskraft und legitimatorisches Gewicht, welche gewaltige politische Schubkraft also, die sechsmonatige Mobilisierung der DDR-Bevölkerung dem Streben nach individueller und nationaler Selbstbestimmung gab. Die Kaskade politischer Entscheidungen, die schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, ist zuallererst als *Reaktion* auf die anhaltende Demonstration des Volkswillens zu verstehen – und so wird sie hier auch behandelt. Ohne deswegen die Gunst der Umstände, den Mut der oppositionellen Gruppen oder die mitunter verblüffende Staatskunst der Beteiligten etwa gering zu schätzen, ist die zentrale Aussage dieses Buches doch: keine Wiedervereinigung ohne eine demokratische DDR, keine demokratische DDR ohne den ostdeutschen Volksprotest.

Nach der Teilung des Landes, die vom Nationalsozialismus provoziert und im Antagonismus der Supermächte zementiert wurde, kam der seit 1961 eingemauerten DDR-Bevölkerung eine Schlüsselrolle zu. Denn solange die mithilfe der Sowjetunion durchgesetzte und von ihr beschützte Diktatur der deutschen Kommunisten nicht von sich aus kapitulierte (oder von ihrer Schutzmacht dazu genötigt wurde), konnte die seit den Befreiungskriegen schwelende und Generationen als politische Quadratur des Kreises erscheinende, zwischen 1933 und 1945 gar zu einem Weltproblem ausgewachsene deutsche Frage nur beantwortet werden, wenn die Menschen in Ostdeutschland ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen und damit die Voraussetzungen für die Herstellung der nationalen Einheit schufen. Die Chance dazu kam, als die Bevölkerung der DDR während der seit Sommer 1989 unübersehbar gewordenen Staatskrise unmissverständlich zu erkennen gab, dass sie die Diktatur der SED nicht länger hinnehmen wollte.

Der explosionsartig anschwellende Protest und der rasende Umsturz der gewohnten Verhältnisse schienen schlechterdings alles zu zerschüttern und zu ermöglichen, als die Kulturschaffenden der verfallenden DDR (unter ihnen Bernhard Heisig und Wolfgang Mattheuer) kurz vor Weihnachten im Hause des Malers Kügelgen mit Helmut Kohl zusammensaßen. Die Fassungslosigkeit über die Veränderung der

Welt pflegte sich in diesen Tagen in dem euphorisch ratlosen Ausruf »Wahnsinn!« Luft zu verschaffen. Die Künstler im Dresdner Kugelgenhaus verliehen ihrer beflügelten Befindlichkeit etwas poetischer Ausdruck: »1989 – so sagt ein Teilnehmer – sei ein Jahr, in dem die Realität die Phantasie überholt habe.«³

Zehn günstige Voraussetzungen und eine Revolution

Die phantastische Überflügelung der politischen Realitäten im geteilten Deutschland nahm in Ostdeutschland ihren Ausgang. Sie war längst über den point of no return hinausgetrieben, ehe die ersten unmittelbaren Einflüsse Westdeutschlands fühlbar wurden. Mit der gewaltigen Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin am 4. November und dem Fall der Berliner Mauer erreichte die ostdeutsche Revolution bereits ihren spektakulären Höhepunkt, als der bis dahin zurückhaltende Bundeskanzler inmitten der Agonie der SED-Diktatur zum ersten Mal deutliche Worte sprach. Am 8. November erklärte er vor dem Deutschen Bundestag, die Staatspartei der DDR (die in Bonn soeben um massive Finanzhilfen eingekommen war) müsse »auf ihr Machtmonopol verzichten« und »freie Wahlen verbindlich zusichern«; einen »grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern, ist unsere nationale Aufgabe«⁴.

Zwischen dieser Botschaft, die den Kurswechsel der westdeutschen Deutschlandpolitik markierte, und der endgültigen Entwertung des innerdeutschen Todesstreifens am 9. November 1989 bestand kein ursächlicher Zusammenhang. Der Mauerfall war vielmehr die direkte Folge des Massenprotests. Er bedeutete das definitive Ende aller Versuche der immer hektischer reagierenden DDR-Führung, ihren Bürgern mehr Reisefreiheit zu gewähren, den Kontrollanspruch darüber aber trotzdem zu behaupten. In kürzester Frist besiegelte der Fall der Mauer den Sturz des SED-Regimes. Die Monopolpartei hatte ihr letztes Druckmittel gegenüber der eigenen Bevölkerung und ihr letztes Tauschmittel gegenüber der Bundesrepublik verloren. Jeder DDR-Bürger konnte sein Land nun ungehindert verlassen, weshalb es der neuen Führung unter Egon Krenz verwehrt blieb, die anrührende Ostwährung sogenannter menschlicher Erleichterungen weiterhin für den Erwerb verzweifelt benötigter westdeutscher Wirtschaftshilfe einzusetzen. Die »Tauschideen: Mauer gegen West-Kredite«⁵ waren nichts mehr wert. »Ohne jegliche Gegenleistung«, klagte Gerhard Schürer, langjähriger Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, sei nun eine »geschlossene Bastion zum offenen Staat geworden, für

dessen Öffnung noch wenige Zeit vorher großzügig bedeutende materielle und politische Zugeständnisse gewährt worden wären.«⁶

Durch ihre Eroberung des öffentlichen Raumes hatte die ostdeutsche Protestbewegung nicht nur die sichtbarste Fortifikation des realsozialistischen Gehäuses der Hörigkeit zerbrochen. Der Druck der Straße hatte die Monopolpartei auch derart demoralisiert, dass das Zentralkomitee der SED auf seiner am 8. November beginnenden 10. Tagung – dem »Bruchpunkt der innerparteilichen Entwicklung«⁷ – ein Aktionsprogramm zur Erneuerung der Partei bestätigte, das Wochen zuvor noch dem Verdikt des Kapitulantentums verfallen wäre: freie und geheime Wahlen; Entflechtung von Partei und Staat; an Marktbedingungen orientierte Planwirtschaft; Zulassung neuer politischer Vereinigungen. Doch jetzt half nichts mehr. Die SED war am Ende. Als Helmut Kohl in Dresden weilte, war die einstige Monopolpartei nicht einmal mehr ein Schatten ihrer selbst und schmückte sich seit einigen Tagen mit dem beschwichtigenden Zusatz Partei des Demokratischen Sozialismus.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Untergang der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatte die ostdeutsche Revolution gesiegt und das Tor zur deutschen Vereinigung aufgestoßen. Im selben Augenblick verwandelte sich die Szene jedoch. Die einheimischen Kräfte, die in der DDR seit Wochen so spektakulär miteinander gerungen hatten, verloren jetzt die Kontrolle über die politische Entwicklung in ihrem Land. Die Bundesrepublik wurde zu einem machtvollen Mitspieler. Die wenigen Wochen vom Beginn des Massenprotests im September bis zum 9. November 1989 waren in der Tat »eine eigenständige historische Episode«⁸. Die danach einsetzende Entwicklung folgte einer ganz anderen Dynamik, war in der Tat »Teil einer anderen Geschichte«.

Deswegen ist es durchaus fragwürdig, nicht allein die Umwälzung in der DDR, sondern den gesamten politischen Prozess bis zur Wiedervereinigung unter den Begriff der Revolution zu fassen. Der Umsturz und die entscheidenden Weichenstellungen zu einer rechtsstaatlichen Demokratie in Ostdeutschland erfolgten 1989. Das war zweifellos revolutionär, da es hier gelang, durch eine Massenmobilisierung gerade jene Verhältnisse dauerhaft zu etablieren, die vom alten Regime explizit ausgeschlossen wurden. Für Westdeutschland gilt das nicht. Es änderte sich dort nicht nur nichts an den fundamentalen Grundnormen, das Ziel, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, war sogar Verfassungsgebot und mit der

Wiedervereinigung erreicht. Schon diese unterschiedliche Konstellation und Erfahrung macht es nicht einfach, den im wissenschaftlichen und publizistischen Gebrauch mittlerweile akzeptierten Begriff der friedlichen Revolution im alltäglichen Sprachgebrauch der neuen Bundesrepublik zu verankern – ganz abgesehen davon, dass das ergreifend Großartige, historisch Weichenstellende und unweigerlich Nimbusbeladene einer »Revolution« es nicht gerade erleichtert, sie in gängige Münze zu prägen und als begriffliche Selbstverständlichkeit in Umlauf zu bringen.

Die ostdeutsche Revolution – Charles S. Maier sieht sie auch in der Tradition der »Geschichte des gewaltfreien zivilen Ungehorsams im 20. Jahrhundert«⁹ – fand unter günstigen Umständen statt. Das schmälert weder ihre historische Bedeutung noch gar das Verdienst ihrer Protagonisten: Erfolgreiche Revolutionen sind »immer günstigen Umständen zu verdanken, günstig für die Aufbegehrenden und nicht für die Machthaber. Andernfalls handelt es sich um gescheiterte oder im Blut erstickte Revolutionen.«¹⁰ Die im September 1989 einsetzende Massenmobilisierung auf den Straßen der DDR, die den Sturz des SED-Regimes erzwang, wurde von mindestens zehn eng miteinander verknüpften günstigen Umständen begünstigt und beflügelt.

Erstens: An der Spitze der Sowjetunion Michail Gorbatschows hatte sich spätestens 1987 die Erkenntnis durchgesetzt, dass die politische Stabilität der UdSSR und ihr Rang in der Welt nur gesichert werden könnten, wenn es gelang, ihr technologisches und ökonomisches Zurückfallen hinter den Westen durch ein inneres Effektivierungsprogramm aufzuhalten. Von wesentlicher Bedeutung für diesen von Neuem Denken und mehr Transparenz begleiteten, keineswegs als Transformation in eine offene Gesellschaft angelegten Umbau des staatssozialistischen Systems war die machtpolitische Abwägung, ob die Länder des sowjetischen Hegemonialbereichs in Europa eher »einen Aktivposten oder eine Bürde«¹¹ bedeuteten. Moskau bewertete die alten imperialen Strukturen schließlich als Belastung und warf, parallel zu tief greifenden Veränderungen im RGW, Ende 1988 die interventionistische Breschnew-Doktrin endgültig über Bord. Das nunmehr explizit garantierte Selbstbestimmungsrecht eröffnete den sogenannten Bruderländern ganz neuen Spielraum nach innen und außen. Zugleich war die Sowjetunion durch den inneren Umbau und die Erosion ihrer internationalen Position dazu gezwungen, sich in

der Außenpolitik einer bis dahin ungekannten Konzilianz zu befeißigen. So kam es zu spektakulären Durchbrüchen in der Abrüstung, und die Außenbeziehungen fußten nicht länger auf dem Dogma des Klassenkampfcharakters der internationalen Beziehungen. Internationale Integration sollte an die Stelle von Konfrontation und bloßer Koexistenz treten. Für den Alten Kontinent propagierte Gorbatschow dies mit der Formel von dem Gemeinsamen Haus Europa. Die USA und die NATO verschlossen sich diesem Wandel nach anfänglicher Skepsis nicht. Allerdings kommentierte der neue amerikanische Präsident George Bush, der von einem »ungeteilten und freien Europa« sprach, die Vision seines reformkommunistischen Gegenübers bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Ende Mai 1989 mit den Worten, es werde kein gemeinsames Haus Europa geben, »wenn sich nicht alle seine Bewohner von Raum zu Raum frei bewegen können«¹².

Dass der Sowjetblock derart in die Defensive geraten würde, wäre Mitte der siebziger Jahre noch eine unrealistische Erwartung gewesen. Denn immerhin hatte die UdSSR mit den Vereinbarungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 endlich die Anerkennung des nach 1945 entstandenen Status quo in Europa erreicht. Der Systemgegensatz galt als einstweilen unaufhebbar, er sollte aber durch eine »möglichst breite Entfaltung der Kooperation« und »ein Mehr an Vertrauen zwischen den Blöcken«¹³ entschärft werden. Da dieses dynamische Verständnis des KSZE-Prozesses, der regelmäßige Überprüfungen der erreichten Fortschritte vorsah und im westlichen Verständnis die Hoffnung auf einen Systemwandel im Osten beinhaltete, nichtstaatliche Kontakte, humanitäre Zusammenarbeit und eine bessere Durchlässigkeit der Grenzen einbezog, sahen sich die Ostblockstaaten einer immer schwerer abzuwehrenden Menschenrechtspolitik des Westens ausgesetzt. Ihr Problem bestand darin – die zweite günstige Voraussetzung der ostdeutschen Revolution –, dass die KSZE-Prinzipien zu einem »gesellschaftlichen, moralischen und politischen Bewusstseinswandel« und zu einer steigenden »Zustimmung zur Menschenrechtsidee« führten. Die verfälschende Handhabung dieser Prinzipien sowie die geheimpolizeilich und justiziell flankierte Eindämmung ihrer Umsetzung konnten nicht verhindern, dass sich im Ostblock eine zuallererst mit den Namen Solschenizyn, Sacharow oder Medwedjew verbundene, häufig in Helsinki-Überwachungsgruppen organisierte und stetig an Kraft gewinnende Dissidenten- und Menschenrechtsbewegung herausbildete, deren interna-

tionale Berufungsgrundlage nicht mehr aus der Welt zu schaffen war. Dadurch und namentlich durch die lawinenartig anwachsenden persönlichen Begegnungen zwischen Ost und West sowie wesentlich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für die Medien waren die zuvor viel stärker abgeschotteten staatssozialistischen Gesellschaften bereits in hohem Maße penetriert, als sich die Helsinki-Maximen auch im zweiten deutschen Staat zu einer kaum noch beherrschbaren Bedrohung auswuchsen. Die menschliche Dimension der KSZE-Bestimmungen war im Laufe der achtziger Jahre zwar präzisiert worden, doch erst das Abschlussdokument der Wiener Folgekonferenz von Januar 1989 war für die mittlerweile völlig isolierte DDR ein »niederschmetterndes Resultat«¹⁴ – das genaue Gegenteil ihres Verhandlungsziels, sich den systemgefährdenden Menschenrechtsdruck endlich vom Halse zu schaffen. Erstmals bekräftigten die 35 Staaten nämlich das in UN-Konventionen seit Langem fixierte Recht jedes Menschen zur Ausreise aus jedem Land, auch aus seinem eigenen. Bei einer Ablehnung von Ausreiseanträgen hatten die Behörden ihre Gründe jetzt unverzüglich schriftlich darzulegen. Binnen eines Jahres waren sämtliche Verordnungen über zwischenstaatliches Reisen öffentlich zugänglich zu machen; die Abschaffung des Zwangsumtausches war zu prüfen; die Rechte der Helsinki-Überwachungsgruppen sollten respektiert und journalistische Arbeitsmöglichkeiten durchgreifend verbessert werden. War dies für Honecker und Mielke, der die »großen Zugeständnisse an den Westen«¹⁵ intern vehement beklagte, schon Anathema genug, so wurde es von den Vertragspartnern noch durch die Ankündigung verschärft, die Beachtung der menschlichen Dimension der KSZE auf drei Folgekonferenzen 1989, 1990 und 1991 zu überprüfen. Die Wiener Prinzipien waren ein bemerkenswerter Schritt zur geistigen Abwrackung des DDR-Grenzregimes, der alle ermutigte, die ihr Land verändern oder ihm endgültig den Rücken kehren wollten.

Die dritte günstige Voraussetzung der friedlichen Revolution bestand darin, dass die DDR-Bürger seit spätestens 1987/88 beobachten konnten, wie das Machtmonopol der kommunistischen Parteien in den sogenannten Bruderländern Polen und Ungarn im Klima von Blockannäherung, Glasnost und Perestroika verfiel. Es war schwer, darin kein Menetekel für die reformfeindliche SED-Führung unter Erich Honecker zu sehen. Im Nachbarland Polen, wo die gesellschaftliche Resistenz gegen die kommunistische Herrschaft seit jeher massiv war, kam es bereits ein Jahr nach der Helsinki-Konferenz zum Schulter-

schluss zwischen kritischer Arbeiterschaft und intellektueller Dissidenz. Ausdruck dieses durchschlagskräftigen Bündnisses war das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, einer Keimzelle der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc, die in dem wirtschaftlich zerrütteten Land rasch die gesellschaftliche Hegemonie gewann. Selbst mit dem Ende 1981 verhängten Kriegsrecht konnte ihr dichtes zivilgesellschaftliches Netz nicht zerstört werden. Die polnische Regierung sah sich im Sommer 1988 schließlich gezwungen, Lech Walesa ein Gesprächsangebot zu machen. Anfang Februar 1989 begann der Dialog am Runden Tisch, der in Europa »die Kette außerordentlicher Ereignisse in Gang setzte«¹⁶. Als Ermutigung der Opposition und Warnung an die orthodoxe Parteiherrschaft strahlte dieser Dialog auf ganz Ostmitteleuropa aus. Im Juni gewann Solidarnosc die Wahlen zum Senat, zwei Monate später gelangte mit Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Ministerpräsident eines Ostblocklandes ins Amt. Der Beweis war erbracht, ein Übergang von der Parteidiktatur zur Demokratie möglich.

In Ungarn, wo sowjetische Truppen 1956 den Volksaufstand mit größter Härte niedergeschlagen hatten, verstanden es die Kommunisten, eine vorsichtige Liberalisierung und die weitreichendsten Wirtschaftsreformen im gesamten RGW einzuleiten. Dadurch wurde die Entstehung einer Vielzahl gesellschaftlicher Interessen, ausdifferenzierter Lobby-Gruppen und selbstbewusster Milieus mit pluralistischen Auffassungen und Forderungen begünstigt, denen die Staatspartei zunehmend Rechnung zu tragen hatte. Ende der achtziger Jahre, als sich die Wirtschaftslage Ungarns dramatisch zuspitzte, standen die reformorientierten Kommunisten den gemäßigten Dissidenten bereits näher als ihren eigenen reformfeindlichen Genossen. Politisch alternative Gruppen verschafften sich mehr und mehr Gehör. Anfang 1989 räumte das »in mindestens vier Fraktionen gespaltene« Zentralkomitee unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Erneuerer in den eigenen Reihen erstmals ein, dass 1956 keine Konterrevolution, sondern eine nationale Erhebung stattgefunden habe, machte den Weg für ein pluralistisches Parteiensystem frei und musste bald auch freien Wahlen zustimmen. Anschaulicher hätte der DDR-Bevölkerung die Diskrepanz zwischen einer Partei, die auf den Wandel und die Forderungen einer selbstbewusst gewordenen Gesellschaft reagierte, und einer SED-Führung, die Augen und Ohren vor der Wirklichkeit verschloss, kaum demonstriert werden können.

Noch stärker als nach Osten richteten die DDR-Bürger ihren Blick freilich nach Westen. Die Nähe des eigenen Staates zur Bundesrepublik war für die ostdeutsche Revolution so ein weiterer, vierter, günstiger Umstand. Diese Sondersituation machte die Lage der DDR »zugleich schwieriger und einfacher als die der anderen Ostblockstaaten«¹⁷. Einfacher deshalb, weil sie von den begünstigten Exporten in die Bundesrepublik und den DM-Transferleistungen enorm profitierte. Schwieriger, weil die Bevölkerung dem Staatsverständnis ihrer Führung größtenteils nicht folgte, sondern (mehr als die Menschen in der Bundesrepublik) an einer gesamtdeutschen Identität festhielt. Insbesondere nach der Vervielfachung der innerdeutschen Beziehungen im Zuge der sozialliberalen Ostpolitik konnten sich die DDR-Bürger ein recht gutes Bild von dem Lebensstandard in Westdeutschland und dem zunehmenden Auseinanderklaffen der Lebensverhältnisse in Ost und West machen. Intensiver Konsum des Westfernsehens und die hartnäckige Berichterstattung von Westjournalisten, die in Ostdeutschland zwar behindert, aber nicht mehr mundtot gemacht werden konnten, weiteten den Blick, beflügelten die Phantasie und stimulierten den Wunsch nach besseren Konsumchancen, größerer gesellschaftlicher Vielfalt und mehr persönlicher Freiheit. Das galt insbesondere für die jüngere, nach der Abschnürung der DDR aufgewachsene Generation, die die Welt nicht erst im Rentenalter erkunden wollte und das in ihrem Disziplinierungs- und Versorgungsstaat erreichte Lebensniveau nicht mehr an der Kriegs- und Zwischenkriegszeit messen konnte. In der Tat mag es der überalterten, an den sozialpolitischen Kämpfen der Weimarer Zeit orientierten SED-Führung an einer »dynamischen Vorstellung des steigenden Lebenshaltungs- und Bedürfnisniveaus«¹⁸ gefehlt haben, gewiss aber an Verständnis dafür, dass die Befriedigung individueller Konsumwünsche Teil der persönlichen Freiheit ist.

Die fünfte günstige Voraussetzung für den Umsturz 1989 war, dass es der SED-Führung nicht gelang, einen allgemeinen Lebensstandard zu sichern, der trotz der hoffnungslosen Konkurrenz zur Bundesrepublik akzeptabel blieb. Dieses Versagen hatte seine Ursache letztlich in den systemischen »Defiziten der Sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft«¹⁹, die durch die Unwägbarkeit weltwirtschaftlicher Konjunkturen und eigene wirtschaftspolitische Entscheidungen noch verschärft wurden. So kranken bekanntlich alle Wirtschaftssysteme mit zentraler Planung daran, dass die Menge der eigentlich zu berücksichtigenden Informationen grundsätzlich zu groß ist, um von den Planinstanzen

verarbeitet werden zu können; dass die erhobenen Informationen obendrein nicht verlässlich sind; dass man sich deswegen und wegen fehlender Marktpreise bei Investitionsentscheidungen »mit Daumenregeln behelfen« muss; dass keine hinreichende Anreizstruktur für Beschäftigte und Betriebe gegeben ist; dass Arbeitsproduktivität und Innovationstempo für eine nachhaltige Weltmarktfähigkeit der Produkte zu gering sind. Nur weil sich »ein ganzes Netzwerk von informellen und streng genommen meist illegalen Machtstrukturen« herausgebildet hatte, welches »gewissermaßen das Öl darstellte, das das Getriebe der Planwirtschaft in Gang hielt«, die rohstoffreiche Sowjetunion ihre Satellitenstaaten bis in die achtziger Jahre hinein obendrein faktisch subventionierte, brach die Wirtschaft dort nicht schon eher zusammen.

Auch in der DDR zeigten sich die Defizite staatssozialistischen Wirtschaftens früh. Nachdem die SED Walter Ulbrichts ihre Anstrengung zur Modernisierung der ostdeutschen Volkswirtschaft abgebrochen hatte, weil sie den Primat der Politik gefährdet sah, warf sein Nachfolger Erich Honecker Anfang der siebziger Jahre das Ruder herum und startete eine ungemein kostspielige sozial- und konsumpolitische Offensive. Auch deren Ratio kam aus der »Sorge um die Macht«²⁰. Zur Stabilisierung ihrer Herrschaft und zur Pazifizierung der unterworfenen Gesellschaft wertete die Monopolpartei Versorgung und soziale Sicherheit nunmehr zur zentralen Quelle ihrer Legitimation auf. Tatsächlich ließ sich die Loyalität der Bevölkerung durch das Angebot, sich über »materielle Leistungen im System zu arrangieren und dessen sonstige Defizite zumindest stillschweigend in Kauf zu nehmen«²¹, zeitweilig festigen. Es gelang jedoch nicht, Produktion und Produktivität ausreichend zu steigern, um ein akzeptiertes Konsumniveau zu erreichen und den »allmählichen und eher unauffälligen Legitimitätsverfall«²² des Regimes zu stoppen. Schon Mitte der siebziger Jahre zeigte sich, dass die Honecker'sche Sozial- und Konsumpolitik die ostdeutsche Wirtschaftskraft heillos überforderte. Die ökonomische Agonie begann, als in den achtziger Jahren drei Ausgabepositionen immer stärker miteinander in Konkurrenz traten: »die erforderlichen Investitionen, die Aufwendungen für den Lebensstandard der Bevölkerung im weitesten Sinne sowie der Schuldendienst für die im Westen aufgenommenen Kredite.«²³ Da Schuldendienst und Lebensstandard aus politischen Gründen unberührbar waren, blieben, mit verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, die Investitionen auf der Strecke. 1989 war die Exportfähigkeit der DDR